KfW Research
Volkswirtschaft Kompakt

Lateinamerika – Ungleichheit am Pranger

One Pager

Nr. 191, 7. Februar 2020

Autoren: Dr. Clemens Domnick, Tel. 0221 4986 1259, clemens.domnick@deginvest.de
Jessica Espinoza Trujano, Tel. 0221 4986 1890, Jessica.EspinozaTrujano@deginvest.de
Dr. Katrin Ullrich, Tel. 069 7431-9791, katrin.ullrich@kfw.de

Der Herbst des Jahres 2019 war in mehreren Ländern Lateinamerikas (LatAm) von sozialen und politischen Unruhen geprägt. Zu erwähnen sind u. a. die größte der öffentlichen Protestwellen in Chile, Demonstrationen gegen Sparmaßnahmen in Ecuador, eine Staatsschuldenkrise in Argentinien, eine konstitutionelle Krise in Peru, eine umstrittene Präsidentschaftswahl in Bolivien, Proteste gegen den stockenden Friedensprozess und hohe Ungleichheit in Kolumbien sowie eine humanitäre Krise in Venezuela.

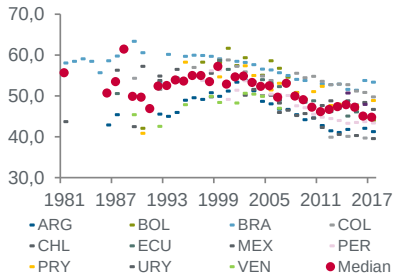
Auslöser der Proteste waren in vielen Fällen der Anstieg der Lebenshaltungskosten, u. a. wegen höherer Ticketpreise im Nahverkehr (Chile), der Erhöhung des Benzinpreises (Ecuador) oder die Kürzungen von Sozialleistungen (Argentinien). Trotz der unterschiedlichen Hintergründe spielt Ungleichheit länderübergreifend eine wichtige Rolle.

Ungleichheit nach wie vor hoch

Die Region hat beachtliche Fortschritte bei der Bekämpfung von Armut und Ungleichheit erzielt. Da im Prinzip alle lateinamerikanischen Länder zu den Rohstoffexporteuren zählen, wirkte sich auch in dieser Hinsicht der Rohstoffboom der 2000er-Jahre positiv aus. Durch ihn konnten zum einen umfangreiche Sozialprogramme finanziert werden, zum anderen stützte er die Wachstumsperformance der Region.

Grafik 1: Ungleichheit

GINI-Koeffizient, Median der in einem Jahr verfügbaren Länderangaben



Quelle: WDI.

Die Armutsquote verringerte sich beispielsweise in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador und Peru zwischen 2004 und 2014 um mehr als 50 %. Die Einkommensungleichheit und die Wahrnehmung der Einkommensverteilung als (sehr) unfair nahmen parallel dazu ebenfalls ab.

Dieser Verbesserungstrend stagniert seit 2012/2013 und auch die Wahrnehmung der Einkommensverteilung als unfair ist wieder weiter verbreitet. Die Einkommens- und Vermögensungleichheit in LatAm ist auch vom Niveau her nach wie vor hoch. Der Gini-Koeffizient als Maß für die Ungleichheit der Einkommensverteilung befindet sich für Volkswirtschaften der Region im weltweiten Vergleich tendenziell im oberen Drittel.

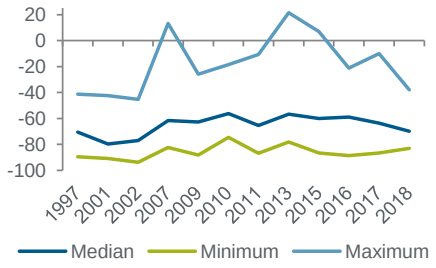
Staatliche Leistungen erwartet

Mit dem Aufstieg in die (prekäre) Mittelschicht steigen auch die Ansprüche an staatliche Leistungen. Letztere sind durchaus verbesserungswürdig:

- Die staatliche Governance liegt im weltweiten Vergleich oftmals in der unteren Hälfte der entsprechenden Weltbank-Ranglisten, wobei Chile und Uruguay positiv auffallen.
- Der Zugang zu und die Qualität der staatlichen Leistungen unterscheidet sich oft nach dem Einkommen. Beispielsweise haben im Bildungsbereich ärmere Bevölkerungsschichten einen schlechteren Zugang zu frühkindlicher Erziehung und weiterführenden Schulen.
- Darüber hinaus verbergen sich hinter den nationalen Durchschnittswerten große Unterschiede zwischen den Regionen der Länder sowie zwischen Stadt und Land.

Grafik 2: Wahrnehmung von Ungleichheit

Anteil der Antworten (sehr) fair – (sehr) unfair zur Frage nach der Fairness der Einkommensverteilung



Quelle: Latinobarómetro, eigene Berechungen.

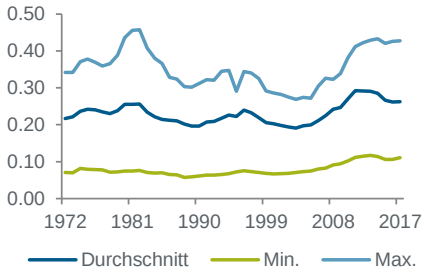
Eine Forderung der Demonstranten zielt auf die Verringerung dieser multidimensionalen Ungleichheit, besonders im Bildungs- und Gesundheitsbereich ab.

Bessere Politik der Einkommensumverteilung notwendig

Mit dem Einbruch der Rohstoffpreise 2014/2015 wurden die negativen Auswirkungen eines Wachstumsmodelles, welches (zu) stark auf Rohstoffen basiert, auch bei den Staatseinnahmen deutlich. Trotzdem ist es in Ländern mit soliden makroökonomischen Rahmenbedingungen grundsätzlich möglich, auf Forderungen der Demonstranten einzugehen, selbst wenn dies höhere Staatsausgaben erfordert. So plant z. B. Chile bereits höhere Sozialausgaben, u. a. bei den Rentenzahlungen und den Ausgaben für das Gesundheitswesen. In anderen Ländern wie Ecuador ist dieser Spielraum jedoch gering. Insgesamt bietet sich eine effizientere Gestaltung der Staatsausgaben und -einnahmen an, um die bislang schwache Einkommensumverteilung auszubauen.

Grafik 3: BIP pro Kopf zu USA

Verkettete Kaufkraftparitäten, 2011 USD.



Quelle: Penn World Tables, eigene Berechnungen.

ISSN 2195-1403

Hinweis: Dieses Papier gibt die Meinung der Autoren wieder und repräsentiert nicht notwendigerweise die Position der KfW.